

Ressort: Politik

Gauck regt Wiedergutmachung für Kriegsverbrechen in Griechenland an

Berlin, 01.05.2015, 16:25 Uhr

GDN - Zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus hat Bundespräsident Joachim Gauck eine Wiedergutmachung für Kriegsverbrechen angeregt, die die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg in Griechenland begangen hat. "Wir sind ja nicht nur die, die wir heute sind, sondern auch die Nachfahren derer, die im Zweiten Weltkrieg eine Spur der Verwüstung in Europa gelegt haben - unter anderem in Griechenland, worüber wir beschämend lange wenig wussten", sagte Gauck in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" (Samstag).

"Es ist richtig, wenn ein geschichtsbewusstes Land wie unseres auslotet, welche Möglichkeiten von Wiedergutmachung es geben könnte." Als Bundespräsident vertrete er zwar keine andere Rechtsauffassung als die Bundesregierung, die Reparationszahlungen unter Verweis auf die Zwei-Plus-Vier-Verträge ablehnt. Dennoch verfolge er mit Interesse "die Diskussion über unterschiedliche Vorschläge, dem Bedürfnis vieler Griechen nach einer Art Wiedergutmachung gerecht zu werden." Dabei wünsche er sich allerdings auch, "dass die griechische Regierung hier etwas verbindlicher aufträte, als sie es bisweilen tut." Bei einem Griechenland-Besuch im vergangenen Frühjahr hatte Gauck Unbehagen über den bisherigen Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland erkennen lassen. Das Unrecht sei nur unzureichend aufgearbeitet worden. Im Gespräch war zunächst die Idee einer Stiftung, etwa nach dem Vorbild der Stiftung für ehemalige Zwangsarbeiter in Deutschland. Gauck forderte außerdem größere Anstrengungen der Europäischen Union, um weitere Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer zu verhindern. "Ich meine, Europa insgesamt könnte und sollte mehr tun", sagte er. "Wer in Lebensgefahr gerät, muss gerettet werden. Außerdem gilt es, mehr legale Zugangswege nach Europa zu schaffen und sich auf eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge zu verständigen." Wenn die EU dem "Massensterben" ein Ende bereiten wolle, müssten nun substanzielle Maßnahmen ergriffen werden. Neben der Schaffung legaler Fluchtwege sei es aber auch wichtig, kriminellen Schleusern das Handwerk zu legen und Fluchtursachen in Herkunftsländern zu bekämpfen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-53866/gauck-regt-wiedergutmachung-fuer-kriegsverbrechen-in-griechenland-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619